

Flüchtlingsrat Nds. e.V. • Röpkestr. 12 • 30173 Hannover

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Röpkestraße 12
30173 Hannover

Redebeitrag Flüchtlingsrat Niedersachsen

bei der Demonstration 12.10. in Stade

**„In Gedenken an Aman Alizada – wir fordern
Aufklärung“**

Dörthe Hinz
Tel.: 0511 – 98 24 60 37
Fax: 0511 – 98 24 60 31
dh@nds-fluerat.org
nds@nds-fluerat.org
www.nds-fluerat.org

Auch ich und wir als Flüchtlingsrat Niedersachsen sind erschüttert und betroffen von dem Tod des jungen Aman Alizada.

Das was hier passiert ist, ist tragisch und kaum in Worte zu fassen oder im Ansatz zu begreifen.

Aman suchte Schutz, er wollte Leben.

Mit 15 Jahren machte er sich allein auf den Weg um vor Krieg, Gewalt, Diskriminierung und Rassismus zu flüchten.

Mit seiner Flucht aus Afghanistan nach Deutschland suchte er Schutz, Sicherheit und eine Lebensperspektive. Dass diese Suche so früh endet, versetzt uns alle in tiefe Trauer.

Wir fordern eine umfassende Aufklärung der Umstände, unter denen es zum Tod Aman Alizadas kam. Auch mehr als sieben Wochen nach dem Tod des jungen Afghanen sind viele Fragen weiterhin offen. Zugleich sind wir schockiert und empört darüber, welch ein verzerrtes Bild einige Stimmen aus den Medien von Aman zeichnen. Aman war kein gewaltbereiter junger Mensch – er war psychisch krank. Er brauchte Hilfe – Hilfe, die er nicht bekam.

Immer wieder, und so auch vor wenigen Tagen, wurde der Vorwurf aufgebracht, dass es eine Vorverurteilung der Polizei gab und gibt.

Dazu sollten wir uns noch mal vor Augen führen, was hier am 17. August geschehen ist: Ein junger Mann befindet sich in einer psychischen Krisensituation, weshalb sein Freund die Polizei ruft, so, wie ihm dies früher mal geraten worden war. Die Polizei, die eigentlich wissen musste, dass der junge Mann psychisch belastet war, trifft mit sechs Beamten in der Unterkunft an. Vier Beamte sind mit ihm allein in der Wohnung und am Ende ist der junge Mann tot, von einem Beamten erschossen; nach dem, was uns bekannt ist, durch mehrere Schüsse in den Oberkörper. Zur Begründung gibt die Polizei an, dass dies in Notwehr geschehen sei. Und niemand außer die Beamten selber sind unmittelbare Zeugen der Tat.

Selbstverständlich drängen sich da eine Menge Fragen auf, die alle beantwortet werden müssen. Und das hat nichts mit Vorverurteilung zu tun. Es ist doch äußerst alarmierend, wenn die Polizei nicht in der Lage ist, solch eine Konfliktsituation anders zu regeln, als mit dem tödlichen Schusswaffeneinsatz. Hier ist ein Mensch durch die Polizei zu Tode gekommen.

Erklärungsbedürftig und zu kritisieren ist auch die Tatsache, dass der Beamte, der die tödlichen Schüsse abgab, nach zwei Monaten wieder im Dienst ist, trotz laufender Ermittlungen. Gleichzeitig wird versucht, von Aman das Bild eines gewalttbereiten Randalieres zu zeichnen, das Verständnis für die tödlichen Schüsse erzeugen soll.

Wir fordern eindringlich, dass der Tod von Aman lückenlos transparent und unvoreingenommen aufgeklärt wird. Es muss auch im Interesse aller Beteiligten und auch der Gesellschaft sein, dass es bei der Aufklärung der Umstände, unter denen Aman erschossen wurde, absolute Transparenz gibt. Wie sollen z.B. die afghanischen Jugendlichen Vertrauen in eine Polizei haben, wenn ihr Freund von ihr erschossen wurde, nachdem sie sie zur Hilfe gerufen haben?

Die Polizei ist Träger des Gewaltmonopols. Damit trägt sie auch eine große Verantwortung. Das bedeutet, dass sie sich ständiger Kontrolle durch Parlament und Öffentlichkeit unterziehen muss. Es gehört zur Natur der Sache in einem demokratischen Rechtsstaat, dass sich die Polizei Fragen gefallen lassen muss, wenn bei ihren Einsätzen Menschen zu Tode kommen oder auch nur verletzt werden. Und diese Fragen müssen auch lückenlos beantwortet werden. Es zeugt von einem zweifelhaften Rechtsstaatsverständnis, wenn Fragen zum tödlichen Einsatz am 17. August auf Unverständnis oder gar Abwehr mitunter von Seiten der kommunalen Politik stoßen.

Aber unsere Gespräche hier vor Ort werfen auch viele weitere Fragen und Forderungen auf. Zum Einen wird eine mangelhafte psychosoziale Versorgung deutlich. So auch bei Aman; Aman befand sich über mehrere Wochen in stationärer Behandlung. Doch als er entlassen wurde gab es keine Nachversorgung – er war wieder auf sich allein gestellt – und eigentlich brauchte er dringend Hilfe.

Als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling ist A. als besonderes schutzbedürftiger Person nach D geflüchtet. UMF sind iR vo der Jugendhilfe aufzunehmen und zu betreuen. Die Kinder- Jugendhilfe nimmt auf dem Weg eine notwendige und wichtige Funktion ein.

Sie unterliegt zurecht hohen Standards- nur leider werden diese oft nicht hinreichend gewahrt:

Denn schaut man am Beispiel von Aman mal genauer hin, lassen sich zahlreiche Versorgungsdefizite und-lücken identifizieren.

Aman lebte nicht einen Tag in einer standardgerechten Jugendhilfeeinrichtung. Mit bis zu 70 Minderjährigen musste er knapp 2 Jahre in einer Turnhalle leben; Diese Turnhalle bedeutete Stress und nahezu keine Privatsphäre. Es ist eine Schande, dass in diesen 2 Jahren kein Weg gefunden wurde eine schützende jugengerechte Einrichtung aufzubauen.

Aber es geht noch weiter:

Statt nach Volljährigkeit dann den Jugendhilfeanspruch bis zum 21 Lebensjahr in Gänze zu gewähren, muss Aman mit 18 Jahren in eine Flüchtlingsunterkunft umziehen. Für kurze Zeit erhält er noch einen Betreuer, der ihn unterstützt. Nach einem halben Jahr wird auch das eingestellt – scheinbar ein oftmals rechtsverletzender Regelfall hier in Stade. Diese Praxis kritisieren wir aufs Schärfste. Die jungen Menschen werden massiv gefährdet und ihre ihnen zustehenden Rechte verwehrt. Das muss sofort ein Ende haben.

Die bestenfalls durch die Jugendhilfe erreichte Stabilisierung wird durch solche Handlungen massiv gefährdet.

Aus dem Grund richten wir heute auch eine klare Forderung an Politik und Behörden in Stade. Handelt, schaut nicht weg sondern wendet euch den jungen Menschen zu und übernehmt Verantwortung!

Und es geht noch weiter:

Neben Umzug, Ausbildungsbeginn, Verlust seiner Bezugspersonen und weiteren Umbrüchen bekommt Aman kurz vor seinem 18. Geb. die Ablehnung seines Asylantrages. Wie er und viele Andere gerade junge Geflüchtete aus Afgh. bekommt er die sich verschärfende Asylpolitik hautnah zu spüren.

Die Ablehnung belastete ihn bis zu seinem letzten Tag sehr.

In Anbetracht der sich jährlich zuspitzende Gefahrenlage in Afgh. tragen die Vielzahl an Ablehnungen der Asylanträge in erster Linie eine politisch motivierte Note. Wir verurteilen zutiefst Dieses realitätsferne und menschenrechtsverletzende Vorgehen der Bundesreg.

Neben Willkür und massiven Mängeln im Asylverfahren, spricht die Bundesregierung immernoch von den vermeintlich sicheren Regionen und verschließt die Augen vor der eindeutigen lebensbedrohlichen Realität vor Ort. Afghanistan ist laut des Global Peace Index mittlerweile zum unsichersten Land der Welt erklärt worden. Dass es parallel dazu nahezu jeden Monat ein Abschiebeflieger gibt zeigt die tatsächliche Absicht:

Es wird demonstrativ Abschreckung und Verunsicherung benutzt, um Menschen zur vermeintlich freiwilligen Ausreise zu bewegen. Dabei wäre es längst Zeit diese rabiate auf Abschreckung setzende Abschiebepolitik zu kritisieren und schlussendlich zu beenden.

Die aktuelle Situation in Afghanistan verdeutlicht, dass eine Rückkehr in das Land unmöglich ist und in keinster Weise moralisch und politisch vertretbar.

Gerade die noch sehr jungen Menschen, die bereits über mehrere Jahre in Deutschland leben unterliegen damit einem unerträglichem unvorstellbaren Druck,-Die Erfahrungen im Herkunftsland, die zur Flucht zwangen, die Erlebnisse auf der Flucht, die sich im Gedächtnis verfestigt haben und die fortwährende Angst auch in Deutschland nicht bleiben zu können, verhindern Lebensperspektiven machen krank oder kaputt.

Auch Aman befand sich schon bereits seit 4 Jahren in Deutschland, es wurde sein neues Zuhause er baute viele Freundschaften auf, lernte schnell die deutsche Sprache, schaffte den Hauptschulabschluss und begann eine Lehre zum Tischler. – aber noch immer befand er sich in einem unsicheren Aufenthaltstatus. Ein Faktor, der ihn zunehmens belastet hat. Die Angst vor Abschiebung bleibt allgegenwärtig. Auch wenn Niedersachsen mit Ausnahme von Straftätern keine Menschen nach Afghanistan abschiebt ,so verschafft das noch lange kein Gefühl von Sicherheit, wenn man sich die bundesweit unterschiedliche Handhabung damit anschaut.

Natürlich fordern wir schon lange ein Ende dieser angstmachenden Abschiebepolitik aber vielmehr fordern wir hier heute in Stade, dass die jungen Menschen damit nicht alleine gelassen werden dürfen.

Es ist an der Zeit Verantwortung zu übernehmen und sich klar zu positionieren: Es ist zentral, dass Politik zu den jungen Menschen tatsächlich steht und ihnen Bildung und Perspektivschaffung ermöglicht, statt diese durch fortwährende gesetzliche Verschärfungen zu sabotieren.

So wäre auch die Unterstützung durch die Jugendhilfe im Regelfall bis zum 21 Lebensjahr zu gewähren, wenn nötig bis 27.

Wie kann es sein, dass gerade bei unbegleitete minderjährig Geflüchteten die Hilfe mit 18 oder kurz danach eingestellt wird ?

Es kann nicht sein – das ist rechtswidrig.

Ordnungspolitische und finanzielle Interessen dürfen niemals Vorrang vor den Rechten und Schutz von Minderjährigen und jungen Erwachsenen haben. Sie dürfen nicht zum Spielball kurzfristiger politischer Machtinteressen gemacht werden.

Last uns gemeinsam wachsam bleiben und in zivilgesellschaftlichen Bündnissen verstärkt daran arbeiten, solidarische und menschenrechtsbasierte Stimmen hörbar zu machen und uns dafür einsetzen, dass die Rechte von Geflüchteten und insbesondere auch von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zumindest eingehalten und bestenfalls ausgeweitet statt immer weiter eingeschränkt werden.

Wir sind heute hier und fordern die umfassende Aufklärung der Tötung von Aman – (und)wir werden nicht still bleiben .